7281/J
vom 15.10.2026 (XXVIII. GP)

Anfrage

der Abgeordneten Alma Zadic, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Justiz

betreffend Beendigung der Zusammenarbeit mit dem Verein DERAD und Sicherstellung der Deradikalisierung im Strafvollzug

BEGRÜNDUNG

Der Deradikalisierung radikalisierter bzw. radikalisierungsgefährdeter Straftäter:innen sowie der Extremismusprävention im Strafvollzug kommt eine zentrale Bedeutung für die Sicherheit der Bevölkerung und für die Reintegration von Täter:innen in die Gesellschaft zu. Gerade im Strafvollzug ist eine professionelle, evidenzbasierte und von möglichen extremistischen Einflussnahmen unabhängige Deradikalisierungsarbeit von besonderer Bedeutung.

Am 28. August wurde bekannt, dass die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit dem Verein „DERAD" beendet hat. Der Verein war unter anderem mit der Betreuung von Straftätern aus dem islamistischen und rechtsextremen Milieu befasst. Auslöser waren laut öffentlichen Angaben Hinweise der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) auf einen möglichen Einfluss der Muslimbruderschaft auf den Verein.

Der ORF berichtete online unter dem Titel „*Regierung beendet Zusammenarbeit mit Derad*":

> *„Die Bundesregierung beendet die Zusammenarbeit mit dem Verein für Deradikalisierung Derad. Das Innenministerium gab am Freitag in einer Aussendung bekannt, es gebe Hinweise, dass die Muslimbruderschaft Einfluss auf den Verein habe. Der Verein dementierte das klar. Unterdessen setzten auch Wien und das Bildungsministerium die Zusammenarbeit mit Derad aus.*
>
> *Auf Basis eines „aktuellen und umfassenden Lagebilds" der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) ergeben sich laut Aussendung des Ministeriums Hinweise, „die die bisher angenommene Unbedenklichkeit des Vereins infrage stellen. Insbesondere sieht die DSN Anhaltspunkte für einen Einfluss der Muslimbruderschaft auf den Verein." Die DSN werde den Ausschluss von Derad aus dem Bundesweiten Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) beantragen, hieß es weiter.*
>
> *Das Lagebild sei auch dem Justizministerium übermittelt worden, das daraufhin die seit 2016 laufende Zusammenarbeit beendet habe. Justizministerin Anna Sporrer*

(SPÖ) sagte, es dürfe im „hochsensiblen Umfeld der Deradikalisierungsarbeit" keine Graubereiche geben. Man habe in Abstimmung mit dem Innenministerium gehandelt. Laut Sporrer ist sichergestellt, „dass es zu keiner Versorgungslücke bei der Deradikalisierung von Inhaftierten und Haftentlassenen kommt".

Fachteams für Justizanstalten

In den Justizanstalten sollen sich ab sofort interdisziplinäre Fachteams mit inhaftierten Islamisten befassen, hieß es vom Justizministerium. Die Koordinationsstelle Extremismusprävention und Deradikalisierung im Ministerium soll zudem die Extremismusprävention weiterentwickeln.

Verwiesen wurde zudem auf laufende Kooperationen mit anderen, auf Deradikalisierung spezialisierte Vereinen, wie der Beratungsstelle Extremismus (BEX). Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) bot in einer Aussendung ihre Expertise an, die Entscheidung an sich nehme man „zur Kenntnis" – mehr dazu in religion.ORF.at.

Auch weitere Behörden seien entsprechend informiert worden, hieß es vom DSN. Das Bildungsministerium samt nachgelagerten Stellen setzte die Zusammenarbeit ebenfalls aus. Das Innenressort hat laut eigenen Angaben eine Kooperation vor mehreren Jahren beendet.

Terrorismusforscher Nicolas Stockhammer sagte gegenüber der ZIB2 am Freitag, es dürfte „relativ schwierig sein, hier schnell diese Arbeit in einer erforderlichen Qualität zu erledigen". Zumal Radikalisierung immer ein individueller Prozess sei, „ein Islamist radikalisiert sich anders als ein Rechtsextremist".

Derad-Gründer: „Kompletter Quatsch"

Strafrechtliche Vorwürfe gibt es laut APA nicht. Moussa Al-Hassan Diaw, Mitgründer und Obmann von Derad, sagte gegenüber der APA über den Vorwurf, dieser sei „kompletter Quatsch". Die Unterstellung, man hätte Bezüge zur Ideologie der Muslimbruderschaft, sei „völliger Irrsinn. Im Gegenteil, wir haben immer vor der Muslimbruderschaft gewarnt." Man habe Schulungen für Staatsschutzbehörden durchgeführt, um in dem Bereich zu sensibilisieren.

Gegenüber Ö1 sagte Diaw, er habe eine Vermutung, woher die Vorwürfe kommen. Es habe Vorträge bei Beamten vom Bund und den Landesämtern gegeben, und eine Person habe dann behauptet, Derad habe „zu viel Informationen" und wisse zu viel über die Muslimbruderschaft, das sei verdächtig. Der „Standard" berichtete, dass Derad über die Schritte nicht informiert gewesen sei.

Karner verteidigt Entscheidung

Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) sagte gegenüber Ö1 angesprochen auf die Kritik des Derad-Gründers, er verlasse sich auf die Einschätzung der DSN, dass es „offensichtlich" zu wenig Abgrenzung zur Muslimbrüderschaft gebe. (...)."[1]

[1] https://orf.at/stories/3440477/

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

Entscheidungsgrundlagen und Beendigung der Zusammenarbeit

1) Wann wurde das Bundesministerium für Justiz erstmals über Vorwürfe bzw. Hinweise betreffend eine mögliche Einflussnahme der Muslimbruderschaft auf den Verein DERAD informiert?
2) Von welcher Stelle bzw. welchen Stellen wurde das Bundesministerium für Justiz darüber informiert?
3) Wann wurde dem Bundesministerium für Justiz das von der DSN medial erwähnte „aktuelle und umfassende Lagebild" übermittelt?
4) Welche Vorwürfe waren für die Beendigung der Zusammenarbeit mit DERAD maßgeblich?
5) Welche konkreten Vorwürfe bzw. Verdachtsmomente gegen DERAD lagen dem Bundesministerium für Justiz zum Zeitpunkt der Entscheidung vor?
6) Wurden die im Lagebild enthaltenen Erkenntnisse durch das Bundesministerium für Justiz selbst geprüft oder bewertet?
    a. Wenn ja, durch welche Stelle und nach welchen Kriterien?
7) Wurde die Entscheidung zur Beendigung der Zusammenarbeit mit DERAD mit dem Bundesminister für Inneres bzw. dem Bundesministerium für Inneres abgestimmt?
    a. Wenn ja, wann und auf welcher Ebene?
    b. Welche Stellen waren daran beteiligt?
8) Wann wurde die Entscheidung getroffen, die Zusammenarbeit mit DERAD zu beenden?
9) Wer hat diese Entscheidung getroffen bzw. formal angeordnet?
10) Wurde der Verein DERAD vor der Entscheidung mit den gegen ihn erhobenen Vorwürfen bzw. Verdachtsmomenten konfrontiert?
11) Wann haben Sie von den Vorwürfen gegen DERAD erfahren?
12) Auf welche Weise wurde die Zusammenarbeit mit DERAD formal beendet?

Umfang der bisherigen Tätigkeit von DERAD

13) Wie viele Straftäter:innen wurden im laufenden Jahr im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Justiz vom Verein DERAD betreut?
    a. Wie viele davon waren zum Zeitpunkt der Beendigung der Zusammenarbeit noch in Haft?

b. Wie viele Betreuungen erfolgten aufgrund gerichtlicher Weisungen?

14) Wie hoch waren die für das Jahr 2026 für Leistungen von DERAD veranschlagten bzw. tatsächlich aufgewendeten Mittel?

<u>Zukunft der Extremismusprävention im Strafvollzug</u>

15) Wie stellen Sie sicher, dass die für die Sicherheit der Österreicher:innen so wichtige Deradikalisierungsarbeit und Extremismusprävention nahtlos fortgesetzt werden kann?

16) Wurden andere Organisationen mit den Aufgaben von DERAD im Strafvollzug betraut?
   a. Wenn ja, welche und in welchem Umfang?

17) Wurden wie angekündigt interdisziplinäre Fachteams gebildet?
   a. Wenn ja: Wie sind diese zusammengesetzt?

18) Wie wird sichergestellt, dass die bisher von DERAD im Zuge einer gerichtlichen Weisung betreuten Straftäter:innen diesen Weisungen nachkommen können?

19) Gab es Fälle, in denen es bereits zur Verletzung von Weisungen wegen der Aufkündigung der Zusammenarbeit mit DERAD kam?

20) Sind Strafverfahren gegen Funktionär:innen oder Mitarbeiter:innen von DERAD wegen der Vorwürfe anhängig?

21) Wurden Anzeigen gegen Mitarbeiter:innen von DERAD gelegt?

22) Gibt es sonstige Hinweise auf eine Einflussnahme oder eine versuchte Einflussnahme der Muslimbruderschaft im Strafvollzug?

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-15T13:56:13+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	